

erschint an jedem Wert- tag. Neben engen räumlichen Beziehungen und Postboten entgegen.

Bezugspreis
im Voraus $\text{M} 50,000$. —
einchl. Zeitungslohn,
Einsendungs- $\text{M} 2500$.

Bezugspreis für die
einzelnen Hefen aus ge-
wöhnlicher Schrift ober-
dem Raum bei einmali-
ger Bestellung $\text{M} 16,000$.
Jahrespreis $\text{M} 19,000$.
bei regelmäßiger Abnah-
me nach Tarif. Bei gericht-
licher Schlichtung u. Konfurren-
z in der Abgabe hinwiegend.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Ergebnis 1228

Donnerstag, den 14. August 1923

Samstag No. 23

Verbreitete Zeitung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind daher von
besonderem Erfolg.

Die neue Auflage wird im
September 1923 heraus-
gegeben. Die neue Auflage
wird unter dem Namen
„Der Gesellschafter“ heraus-
gegeben. Die neue Auflage
wird unter dem Namen
„Der Gesellschafter“ heraus-
gegeben.

Telegraphische Adresse:
Gesellschafter Nagold.
Postfachnummer:
Stuttgart 6113.

№. 188

Dienstag, den 14. August 1923

97. Jahrgang

Zum Rücktritt der Reichsregierung

Das Schreiben Cunos

Berlin, 13. August. Dr. Cuno hat dem Reichspräsidenten die Verordnungen zum Rücktritt mit folgendem Schreiben erklärt:

Herr Präsident! Als ich, Ihrem Rufe folgend, die Leitung der Regierung übernahm, gab ich der Ueberzeugung Ausdruck, daß angesichts des Erstes der uns bevorstehenden Zeiten nur eine völlig einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands vor schwerem Anhalt bewahren wird. Während der verstrichenen fast neun Monate ließ ich mich bei der Führung der Politik stets von dem Bestreben leiten, der Verwirklichung jener Zusammenfassung aller Kräfte den Weg zu ebnen. In der Tat haben die Grundlinien der auswärtigen Politik der Reichsregierung, hat ihre Stellung im Ruhrgebiet und am Rhein, haben wichtigste wirtschaftliche und steuerliche Maßnahmen, wie unläuglich das Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung, die den verabschiedeten Steuererlasse und die Aktion der großen werkschließenden Kräfte gefunden. Der Wille der Nation, sich in dem Kampf um Leben und Freiheit zu behaupten, kam darin zum klaren sinnvollen Ausdruck.

Aus der Entwicklung der letzten Tage habe ich den Eindruck gewonnen, daß noch einer in weiteren Kreisen der berufenen Vertretung des Volkes vorherrschenden Ansicht der entschlossene Wille zur Selbstbehauptung noch stärker und noch nachdrücklicher durch eine Regierung verkörpert würde, die von einer Koalition großer Parteien gebildet und damit von einer starken, festen Mehrheit des Reichstages getragen ist.

Ich bitte Sie daher, Herr Reichspräsident, mein Amt und die Funktion der Herren Reichsminister in Ihre Hände zurücklegen zu dürfen.

Mit der Versicherung aufrichtiger Hochachtung bin ich, Herr Reichspräsident, Ihr ergebener

gez.: Cuno.

Die Forderungen der Sozialdemokratie

Berlin, 13. August. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß sich am Samstag nachmittag mit der Stellungnahme gegen die Regierung und den Eintritt in eine Große Koalition. Sie nahm eine Entschloßung an, in der der jetzigen Regierung das Mißtrauen ausgesprochen und gleichzeitig die Bereitwilligkeit erklärt wird, jede Regierung zu unterstützen, die bestimmte von der Fraktion aufgestellte Forderungen sich zu eigen macht, vor allem: Einstellung der Sachverhalte als Sicherheit für die wertbeständige Anleihe, Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, große Wirtschaft in der Ruhrpolitik, energische Durchführung der beschlossenen Steuermaßnahmen, durchgreifende Steuer- und Währungsreform, sowie unbedingte Einführung des Goldcredits und der Goldlöhne, sowie Loslösung der Reichswirtschaft von allen ungeschicklichen Organisationen.

Die Gegenseite der Minderheit richtete sich nur gegen die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Koalition.

Auf dem Tag der Verfassung von Weimar, am 11. August, der das deutsche Volk in so schwerer Bedrängnis findet, ist das Kabinett Cuno gestürzt worden, dessen Leitgedanke seit von Anfang an die Abwehr des fesselhaften Ueberfalls der Franzosen in das Ruhrgebiet gewesen war. In dieser Haupt- und Grundfrage haben sich, mit Ausnahme der Kommunisten, alle Parteien Dr. Cuno zur Seite gestellt. Und es ist nicht zu leugnen, daß der Reichstagspräsident die Abwehr nach den vorhandenen Möglichkeiten mit Erfolg durchgeführt hat, so daß am Freitag ein Redner im Reichstag erklären konnte, durch einen Kabinettswechsel sei die Rot der Zeit nicht zu heilen; würde ein solcher dennoch eintreten, so läge der Gewinn in erster Linie auf der Seite Poincarés, der in England verkündet hat, er sehe die größten Hoffnungen auf den Zusammenbruch der Mark, der das Todesurteil Deutschlands bedeute und einen weiteren Widerstand unmöglich mache, da ein Land ohne Geld sich nicht wehren könne.

So schien es, als ob die Kabinettskrise wenigstens für die Zeit, in der sich der Kampf an der Ruhr entscheiden mußte, vermieden sei, oder daß man wenigstens mit einer Umbildung des Kabinetts durchkommen werde. Die Finanz- und Steuerpolitischen Maßnahmen der Regierung wurden in steigendem Maß als unhaltbar empfunden und es lag hier ja gerade, daß die von Woche zu Woche sich verschärfende Krise nicht ausschließlich mit der Rotenpresse betämpft werden dürfe. Auch der Reichstagspräsident verschloß sich den immer dringender werdenden Mahnungen und Warnungen der Reichstagsparteien nicht, er scheint aber im Kabinett selber einen gewissen Widerstand im Finanz- und Wirtschaftsministerium gefunden zu haben, der nicht so leicht zu überwinden war. Schließlich als die Rot am höchsten Klag, nicht nur die Finanz- und Steuerreform mit der neuen Goldanleihe durch, die vom Reichstag mit verschiedenen von der

Sozialdemokratie beantragten Erweiterungen einstimmig angenommen wurde.

Trotzdem vollzog die Sozialdemokratie unter dem Einfluß der Gewerkschaften plötzlich eine Schwertung. Die Kommunisten hatten am Freitag einen Mißtrauensantrag eingebracht, über den nach dem Beschluß des Reichstages am folgenden Montag abgestimmt werden sollte. Im Reichstag hoffte man, daß der Antrag mit sämtlichen Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt werde, selbst wenn der linke Flügel der Sozialdemokratie dafür stimmen oder die Sozialdemokratie sich der Stimme enthalten würde. Reichstagskanzler Dr. Cuno hatte ja mit größter Offenheit die Vertrauensfrage gestellt und erklärt, daß nicht Ehrgeiz, sondern das Gefühl der Pflicht gegen das Vaterland ihn auf seinen Posten gebracht habe, auf dem er weiterkämpfen wolle, solange ihm das Vertrauen bleibe, allerdings auch nicht länger. Die Berliner sozialistische Arbeiterschaft war aber bereits gegen das Kabinett Cuno mobil gemacht. Eine Betriebsraterversammlung sollte eine Entschloßung für den Generallstreik, um den Rücktritt und andere Forderungen der Gewerkschaften zu erzwängen, und die Lage war am Verfassungstag in Berlin sehr kritisch; zum angekündigten Bürgerkrieg schien noch ein kleiner Schritt zu sein. Nachmittags fand eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, in der der linke Flügel den Sieg davontrug. Es wurde beschlossen, am Montag für den kommunistischen Mißtrauensantrag zu stimmen, den Rücktritt des Kabinetts Cuno zu fordern und sich bereit zu erklären, an der neu zu bildenden Reichsregierung zu beteiligen, indem die parlamentarische Regierungsmehrheit auf die Grundlage der sogenannten Großen Koalition, bestehend aus Sozialdemokratie, Zentrum, Bayer. Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Demokratie gestellt würde.

Unschicklich hatte die Schwertung der Sozialdemokratie für das Kabinett noch nicht die Notwendigkeit des Rücktritts eingeschlossen, denn die bürgerlichen Parteien haben im Reichstag die beträchtliche Mehrheit, aber es mag dem Reichstagskanzler als unerwünscht erschienen sein, in einer Zeit, wo es um das Dasein des Reichs geht, gegen die größte Partei des Reichstages zu regieren, die zwar bisher, seit Cuno am Ruder war, auch nicht zur Koalitionsoption neigte, die Regierung aber doch im Widerkampf weitgehend stillschweigend unterstützt hatte. In den bürgerlichen Parteien selbst aber zeigten sich mehr oder weniger offen auftretende Widerstände gegen das Kabinett Cuno. Die Finanzpolitik der Regierung hatte sich nicht bewährt; die bekannten Deckungsanordnungen hatten in der Geschäftswelt und an den Börsen böses Blut gemacht und trotz alledem wollte Reichsfinanzminister Dr. Hermes von der Papiermarkt nicht ablassen, obgleich die Mark keine Mark mehr ist, wie im Reichstag ganz richtig gesagt wurde.

Unter diesen Umständen schien dem Reichstagskanzler kein anderer Weg zu bleiben, als mit dem ganzen Kabinett zurückzutreten. Er begründete den Bericht mit dem in den letzten Stunden bekundeten Willen des Reichstages, daß der entschlossene Wille zur Selbstbehauptung nach starker durch eine Regierung verkörpert werde, die von einer großen Koalition und einer starken, festen Mehrheit des Reichstages getragen werde. Diese Begründung geht wohl absichtlich an den tieferen Urlochen vorbei. Die Ruhrpolitik Cunos hat im großen und ganzen bisher schon die Zustimmung des Reichstages gehabt und daß sie nun, nachdem sich die Inwertigkeit Englands gezeigt hat, auch auf sich selbst gestellt, nun auch lastträger gestiftet werde, darüber hat weder der Reichstagskanzler noch der Außenminister v. Rosenbergs in den letzten Erklärungen vor dem Reichstag einen Zweifel gelassen. Scharfsinnig waren ihre Darlegungen in diesem Punkt noch entschloßener als die des Abg. Stresemann, der, wie berichtet wird, mit Zustimmung der Sozialdemokratie das Reichstagsprogramm übernehmen soll. Es liegt näher zu vermuten, daß Dr. Cuno den auch von ihm gewünschten Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Koalition nicht mit Uebernahme des von der sozialdemokratischen Fraktion gleichzeitig aufgestellten Programms in Kauf nehmen wollte, das eine so weitgehende neue Belastung des Volkstums bedeuten würde, daß er die Verantwortung dafür nicht übernehmen wollte. Ob die Deutsche Volkspartei und Abg. Dr. Stresemann, mit denen zusammenarbeiten bisher gerade der jetzt wieder ausschlaggebend gewordene linke Flügel der Sozialdemokratie sich hartnäckig geweigert hat, das Programm übernehmen werden, wird die Zukunft lehren. Vielleicht hängt die Bestandfähigkeit der Großen Koalition nicht zum wenigsten von einer Verständigung in diesen Fragen ab.

Dem scheidenden Kanzler, der nun drei Vierteljahr in schwerster Zeit sein verantwortungsvolles Amt geführt hat, wird niemand die Anerkennung verweigern, daß er überall die größte persönliche Hochachtung sich erworben hat. Als Kanzler wollte er der „eheliche Kaufmann“ bleiben, als der er nach seinen eigenen Worten die Kanzlerstube übernommen hat. Dr. Cuno war alles nur kein Streicher und jedem Streiberer abhold. Das Vertrauen in die Ehrlichkeit seines Wirkens, in das charakterfeste Wollen in seiner Politik ist unermindert. Daß es ihm doch nicht gelingen ist, die tiefengehenden Schwereigkeiten, besonders im Innern zu

meistern, ist ein trauriges Geschick. Die Gründe dafür sind heute noch nicht restlos aufgeklärt. Dr. Cuno dürfte nun wieder die Oberleitung der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft übernehmen.

Der neuen Regierung, wie sie auch gestaltet sein möge, sind schwere Aufgaben gestellt. Auch sie wird der Unterstützung des ganzen Volkes bedürfen, und es ist zu hoffen, daß sie ihr angelegtes Ziel der friedlichen Lösung Frankreichs gegenüber betätigt, wird ihre erste Probe sein. Möge es ihr gelingen, das Reich aus der gefährlichen Brandung zu retten!

Dr. Stresemann Reichskanzler

Berlin, 13. August. Der Reichspräsident hatte am Sonntagabend eine längere Aussprache mit Reichskanzler Dr. Cuno. Der Kanzler änderte seinen Entschloß nicht. In späterer Stunde beauftragte der Reichspräsident den Abgeordneten Dr. Stresemann mit der Kabinettsbildung, die dieser sofort in Angriff nahm. Er hofft, das neue Kabinett dem Reichstag schon in der heutigen Sitzung vorzustellen und die Regierungserklärung in Verbindung mit der auf der Tagesordnung stehenden Goldanleihe-Vorlage abgeben zu können. Wie verlautet, wird Stresemann zugleich das Ministerium des Auswärtigen übernehmen. Die Sozialdemokratie schlägt Dr. Hilferding als Finanzminister, Dr. Radbruch als Justizminister vor und beantragt weiter das Arbeitsministerium (bisher Dr. Brauns, Jr.).

In einer Besprechung mit einem Zeitungsvorsteher bezeichnete Dr. Stresemann als eine der ersten inneren Aufgaben des neuen Kabinetts, gegen die kommunistischen Bemühungen, in Mitteldeutschland einen Generallstreik ins Werk zu setzen, Gegenmaßnahmen zu treffen.

Halle, 13. August. Eine Vertreterversammlung der Gewerkschaften von Mitteldeutschland erklärte den von den Betriebsräten veröffentlichten Aufruf zum Generallstreik als hinwiegend.

Gegen Reichsbankpräsident Hovenstein

Berlin, 13. August. Die Parteien der Großen Koalition haben nach einer Zeitungsmeldung den Wunsch ausgedrückt, daß in der Reichsbankleitung ein Personalwechsel stattfindet. — Nach einem auf den Druck des Verbandes hin vom Reichstag angenommenen Gesetz ist bekanntlich im vorigen Jahr die Reichsbank für „autonom“, d. h. unabhängig von der Reichsregierung erklärt worden. Die Regierung hat dabei nicht mehr die Befugnis, den Reichsbankpräsidenten zu ernennen oder abzusetzen. Von welcher Bedeutung dieses Zwangsgebot war, wird jetzt erneut fühlbar. Der Streit um die Person und die Finanzpolitik des Reichsbankpräsidenten Hovenstein kann sich leicht zu einer „Sonthausfrage“ für den Verband auswachsen.

Aus dem Ruhrkampf

Berlin, 13. August. Die Beamten des westfälischen Finanzministeriums haben mit Genehmigung des Ministers de la Huerta eine Sammlung für die nachstehenden Ruhrkinder veranstaltet, die den anschaulichen Betrag von 1350 Goldmark einbrachte.

Essen, 13. August. Die Franzosen haben die Fischen „Reinbaben“ und „Alma“ beschlagnahmt, um sich ihres Kohles zu bemächtigen. Die Befehung hat die Erregung der Bevölkerung noch gesteigert.

Die englische Antwort

London, 13. August. Die Antwort der britischen Regierung ist in einer sehr umfangreichen Note (die soll über 1000 Wörter enthalten) in Paris und Brüssel am Samstag übergeben worden. Die Note stellt fest, daß die französisch-belgischen Forderungen auf eine Aenderung der Entschloßungsverteilung von Spa zu ihren Gunsten hinauslaufen. In Aenderungen, die zu bestimmten Sache aller Verbündeten sei, könne die britische Regierung jedoch nur einwilligen, wenn für England von den Verbündeten und Deutschland der Betrag der hunderten britischen Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten (annähernd 14 Milliarden Goldmark) erhalte. Nach der Ansicht der Regierung und der amtlichen Rechtsberater sei die Ruhrbesetzung aus dem Vertrag von Versailles nicht zu rechtfertigen, die britische Regierung sei aber bereit, die Streitfrage dem internationalen Gerichtshof im Haag zu unterbreiten. Großbritanniens wolle, daß Deutschland bis zur äußeren Grenze seiner Leistungsfähigkeit Entschloßungen zahle, aber das französisch-belgische Vorgehen habe die englischen Vorschläge isolieren lassen. — In einer beigegebenen Denkschrift erklärt die britische Regierung, die Verbindlichkeit der französischen Schuld an Großbritanniens könne reibherweise nicht abgelehnt werden; mit der Verzinsung müsse begonnen werden, sobald das Verhältnis des Pfund Sterling zum französischen Franc einigermassen fest geworden sei. Je mehr aber Frankreich Deutschland schädige, um so mehr werde England gezwungen sein, darauf zu bestehen, daß Frankreich keine Schuld bezahle.

Die „Westminster Gazette“ hebt aus der Note hervor, daß die Rechtswidrigkeit der Ruhrbesetzung feststeht.



werde; somit seien auch alle aus ihr entspringenden Handlungen wie Verurteilungen, Ausweisungen, Beschlagnahmen, Eisenbahnbetrieb usw. rechtswidrig.

Der Pariser Vertreter der „Times“ läßt dem Mail wiederholt den Warnruf zugeben, Frankreich treffe Vorbereitungen für die förmliche Postrennung des Rhein- und Ruhrgebiets vom Reich und plane die Einführung einer rheinischen Währung.

Neue Hebröde Poincarés

Paris, 13. August. Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Marville (Lothringen) sagte Poincaré man sehe hier vor der Unerschämtheit der Deutschen, die sich heute über die friedliche Besetzung des Ruhrgebiets beklagen, während sie im Krieg den Einwohnern von Marville die schrecklichste Behandlung zuteil werden ließen. Die Mädchen von Marville seien sogar gezwungen worden, die Wäsche der deutschen Soldaten zu waschen. (1) Reichstanzler Cuno habe die Weiterführung des passiven Widerstands angekündigt. Das sei nichts anderes als eine Verletzung des Friedensvertrags. (2) Er hätte die gleiche Sprache nicht gewagt, wenn alle Verbündeten den Reichstanzler gezwungen hätten, sich nicht gegen die rechtmäßig von Frankreich und Belgien angewandten Maßnahmen aufzulehnen. Der Sturz der Reichsregierung sei das Meisterwerk der deutschen Reichsregierung und sie werde das Reich mit Triumph in den Abgrund führen. Frankreich dürfe nur nicht schwach werden und müsse das letzte Wort behalten. — Immer dieselbe Leiter der lägerischen Bedrohung und Beruhigung.

Neue Nachrichten

Wäufige Unruhen am Verfassungstag

Berlin, 13. August. In Berlin ist der Samstag und Sonntag verhältnismäßig ruhig verlaufen. Verschiedene Zusammenkünfte waren geringfügiger Art. Nur in Kreuzkollern nahmen die Ausschreitungen größeren Umfang an. Omnibuswagen wurden umgestürzt und derlei Unfug getrieben. Erster lauten die Nachrichten aus dem Westen. Im Ruhrgebiet zeigte sich unter den Radikalen eine starke Erregung. In Rotthausen bei Essen wurde ein Galgen errichtet und zwei Puppen aufgehängt mit der Aufschrift Cuno und Stinnes. Als die Polizei einschritt, entließ ein Kommunist einem Polizisten den Revolver und erschoss ihn. Die Polizei machte von den Waffen Gebrauch. Vier Personen sollen getötet, 20 verwundet worden sein. In Gelsenkirchen griff eine große Menschenmenge das Polizeigebäude an, wurde aber durch Schüsse zurückgetrieben. Auch in Recklinghausen und Buer kam es zu erregten Auftritten. Der Sonntag verlief ruhig.

In Essen verlangten die Arbeitslosen die sofortige Auszahlung von 30 Millionen Mark auf den Kopf. Es wurden ihnen 5 Millionen bewilligt, die am Montag auszahlt werden sollen, über den Rest wird noch verhandelt.

Alle Gaststätten sind geschlossen, in den Gasthöfen darf kein Alkohol abgegeben werden.

In Hannover wurden mehrere Lebensmittelgeschäfte geplündert. Zwei Personen wurden erschossen. Man hörte aber mehrere Stunden hindurch Schüsse knattern.

In Borna (Sachsen) kam es zu schweren Ausschreitungen. Bei dem Versuch der Aufständischen, auch die Stadt Zeitz zu besetzen, stellte sich ihnen die Polizei entgegen. Im Kampf wurden 9 Angreifer erschossen, etwa 30 verwundet. Auch verschiedene Polizisten wurden durch Schüsse verletzt. In Ammendorf haben die Kommunisten die Fabrikbetriebe stillgelegt.

In Hamburg verhinderten Kommunisten arbeitswillige Leute der Werften Vulkan und Blohm u. Voß, über die Elbe zu fahren. Die Polizei schritt ein. Es gab einige Tote und viele Schwerverletzte.

Ernststreik

Magdeburg, 13. August. In der Magdeburger Gegend sind die Landarbeiter in den Ausstand getreten, da die Landwirte den verlangten Wochenlohn von 1 Jtr. Getreide neben freier Verpflegung nicht bewilligten. Vom Streik sind 60 Ortschaften betroffen.

Die Ministerliste

Berlin, 13. August. Heute spricht man von folgender Liste: Reichstanzler Stresemann; Auswärtiges Amt: vielleicht Frhr. v. Neurath (früherer Chef des Zivilkabinetts des Königs Wilhelm von Württemberg, derzeit Botschafter in Rom), Inneres: Oberpräsident der Rheinprovinz Fuchs (Jtr.), Finanzen: Dr. Hilferding (Soz.), Wirtschaft: v. Raumer (D.Vp.), Arbeit: Dr. Brauns (Jtr.), Post: Stögl (Bayer. Volksp.), Reichswehr: Dr. Gehler (Dem.), Justiz: Dr. Radbruch (Soz.), Wiederaufbau: Robert Schmidt (Soz.), Eisenbahn: Henrich, Generaldirektor der Deutschen Werke (an Stelle Bräuers), Ernährung: Dr. Luther (wie früher).

Die heutige Reichstagsitzung wurde verabschiedet.

Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag eingebracht, sofort ein Aufnahmegericht für Deutschland in den Bältern und vorzubereiten.

Als Nachfolger Hoesensteins wird Dr. Schacht, der Leiter der Darmstädter- und Nationalbank, genannt.

Neue deutsche Botschafter

Paris, 13. August. „Echo de Paris“ will wissen, daß die erste Handlung Stresemanns wahrscheinlich die Entsendung neuer Botschafter nach Paris und Brüssel sein werde. Als Kandidat für den Pariser Posten käme der frühere Reichstanzler Wirth oder der frühere Minister von Raumer in Frage.

Vorläufige Einstellung aller Sachlieferungen

Athen, 13. August. Nach Havas hat der deutsche Gesandte in Athen die griechische Regierung mitgeteilt, daß Deutschland die Sachlieferungen auf Rechnung der Kriegsentwädigung vorläufig einstellen müsse. Die griechische Regierung behielt sich ihre Stellungnahme vor.

Auch den Regierungen von England, Italien, Jugoslawen, Portugal und Rumänien ist amtlich die vorläufige Einstellung der Sachlieferungen nach diesen Ländern mitgeteilt worden. Allein die bis jetzt übernommenen und noch nicht bezahlten Sachlieferungen werden beim jetzigen Stand der Mark eine Aufwendung von 300 000 Milliarden Papiermark bedeuten. Wenn dazu noch weitere Sachlieferungs-Versprechungen kämen, würde der Erfolg der neuen Steuerreform und der Goldanleihe von vornherein zu nichte gemacht. Es soll jedoch versucht werden, die Kohlenlieferungen an Italien fortzusetzen.

Das neue Kabinett

Berlin, 13. August. Das neue Kabinett hielt heute abend 10 Uhr die erste Sitzung ab und stellte sich nach 8 Uhr dem Reichstag vor. Oberpräsident Fuchs wird voraussichtlich abgehen. Es kommt ein Sozialdemokrat für ihn in Frage.

Französische Hefestille

Paris, 13. August. Zum Rücktritt des Kabinetts Cuno erklärt der „Matin“, niemals habe ein Ministerpräsident sein Land in einem so erbärmlichen Zustand zurückgelassen wie Cuno. In wohlüberlegter Weise habe er sein Land dem Ruin entgegengeführt, aber die Interessen seiner Verbündeten gewahrt, denn die deutsche Großindustrie habe noch beim Zusammenbruch Geschäfte gemacht. Es sei das fürchterlichste Schandol, den die Geschichte jemals gesehen habe. Von seinem Nachfolger Stresemann wisse Frankreich nicht viel mit Ausnahme der Tatsache, daß er die Ueberzeugung haben soll, daß Deutschland in seinem Unheil nichts von England zu erwarten habe und daß es seine Rettung nur an der Seite Frankreichs finden werde. Wenn diese Tatsache wahr sei, beweiße sie, daß Stresemann zum mindesten gesunden Menschenverstand habe. Wenn sich dazu Mut und Ehrlichkeit gefellen wollten, dann werde er vielleicht Deutschland noch am Rande des Abgrunds vor dem Untergang bewahren. — „Gaulois“ wirft die Frage auf, ob Stresemann den Versuch machen wolle, sich mit Frankreich zu verständigen. Besten sei diese Möglichkeit noch vorhanden gewesen. Sie sei es aber nicht mehr, seitdem man die englische Rolle kenne. Es sei in der Tat zu befürchten, daß das Kabinett Stresemann es für vorteilhafter halten werde, sich der britischen Ansicht anzuschließen, die sich den Vorschlägen des Kabinetts Cuno näherte, besonders bezüglich der Feststellung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch eine internationale Sachverständigenkommission. Frankreich müsse sich also darauf gefaßt machen, daß die Berliner Regierung an den Vorschlägen Baldwins festhalte, und es sei zu befürchten, daß eine neue Ära von Schwierigkeiten beginne.

Lothstimmungen zur Kapitulation

Paris, 13. August. Die sozialistische „Tribune Nouvelle“ schreibt, jetzt sei der Augenblick gekommen, wo das europäische Festland (unabhängig von England) seine eigene Politik haben werde. Frankreich sei dazu bestimmt, die Führung zu übernehmen. Stresemann solle endlich die deutsche Politik nicht nach London, sondern nach Paris hin drehen; nicht der Haager Schiedsgerichtshof, sondern ein französisch-deutsches Wirtschaftsabkommen werde dem Ruhrkrieg ein glückliches Ende machen.

Lohnbewegung in Amerika

Washington, 13. August. Die seit längerer Zeit geführten Lohnverhandlungen in der Kohlenindustrie sind vor 14 Tagen abgebrochen worden, man glaubt jedoch nicht, daß es am 1. September zu einem Ausstand kommen werde.

Württemberg

Stuttgart, 13. August. Gestörte Rundgebung. Die Gewerkschaften Stuttgarts veranstalteten heute nachmittag eine Rundgebung für die neue Regierung Stresemann. Nach der Rede eines Gewerkschafters ergriß ein Kommunist das Wort, der scharf gegen die Regierung Stresemann-Hilferding sprach und die Diktatur des Proletariats forderte. Die Gewerkschaftler wurden völlig überstimmt.

Dedensfron, 13. August. Gemeindevorstand. Dank den unermüdblichen Bemühungen des Kirchenspiegels Luz, des Pfarrers Dehler und der Opferfreudigkeit der Gemeinde konnte hier ein stattliches Gemeindehaus mit zwei Sälen, Schwefelwohnung, Küche für Kochtöpfe usw. erbaut und eingeweiht werden.

Biberach a. R., 13. August. Nach einer Versammlung der Nationalsozialisten in der Stadtwirtschaft wurden die Teilnehmer von Kommunisten auf der Straße nachts angegriffen und mehrere blutig geschlagen. Polizei und Landwäcker stellten die Ruhe wieder her.

Jordanbad bei Biberach, 13. August. Bischöflicher Besuch. Dieser Tage traf Bischof Dr. Schreiber von Reichen zur Erholung hier ein.

Ochsenhausen, 13. August. Ausschreitungen. Auf dem Bahnhof verursachten Kommunisten einen Streit. Sie rissen den Oberlokomotivführer Mann von der Maschine herunter und mißhandelten ihn, daß er eine Zeitlang bewusstlos war. Auch der Eisenbahndirektor Buslinger wurde blutig geschlagen. Die Kommunisten drohten, den Zug allein nach Biberach zu fahren, da Raum die Führung verweigerte. Der Zug konnte endlich doch abgehen. In Biberach stellte die Polizei die Namen von 12 Beteiligten fest.

Einem Mädchen wurde in einem hiesigen Gasthaus auf 500 000 Mk. herausgegeben, statt auf 30 000. Es gelang nicht mehr, die Persönlichkeit des Mädchens, das inzwischen mit dem Zug nach Biberach gefahren war, festzustellen.

Waldsee, 13. Juli. Wurstvergiftung. An den Folgen des Genusses verdorbener Wurst sind bereits fünf Personen gestorben, weitere liegen hoffnungslos darnieder. Auch in Ulm sollen zwei Personen, die von der Unglücks-Wurst gegessen hatten, gestorben sein. — Nach der Vererdigung seiner am Wurstvergiftung gestorbenen Mutter begab sich der Sohn des Obdienten Rißler zu dem Regier-Riegler, von dem die Wurst stammte, und gab sechs Renarderschüsse auf ihn ab, die aber nicht trafen. Eine große Menge jag in Erregung vor sein Haus. Riegler suchte

auf der Landjägerstation Zuflucht und floh, als er auch dort verfolgt wurde, ins Weite.

Ravensburg, 13. August. Todesfall. Am 73. Lebensjahr ist der in allen Kreisen der Bevölkerung geschätzte Schreinermeister Peter Walzer, Vater des Erzbischofs von Neuron, verschieden.

Untermarchtal, 13. August. Goldenes Jubiläum. Die drei noch lebenden Priester der Ordination von 1872 trafen im Kloster Untermarchtal, wo sie auch das 25. und das 40jährige Jubiläum gefeiert hatten, zum goldenen Priesterjubiläum zusammen. Es sind Pfarrer Hagedorn in Diefenbeim, Pfarrer a. D. Hummel in Ellwangen und Mg. R. K. M. e. l. Stuttgart, Schriftleiter des Kath. Sonntagsblatts. Den Jubilaren gingen vom bischöflichen Ordinariat, vom Staatspräsidenten Hieber u. a. Glückwünsche zu. Red. Kämmerl erhielt ein Glückwunschschreiben des Kardinals Erle in Rom, der auch die Glückwünsche des Papstes übermittelte. Heidenheim, 13. August. Brand. In Söckelstr. sind zwei gefüllte Scheunen abgebrannt. Das Wohnhaus des Söldners Philipp Junginger wurde schwer beschädigt.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 14. August 1923.

Ergebnis der mittleren Verwaltungsbienprüfung. Der Stand der in den Monaten Juni und Juli 1923 vorgenommenen mittleren Verwaltungsbienprüfung sind u. a. zur Uebernahme der in § 1 der Verordnung vom 16. Oktober 1913 bezeichneten Beamten für 5-Jährigkeit erklärt und zu Verwaltungspoststellen bestellt worden: Vater Friedrich von Heuberg, Wäckerl Karl von Freudenstadt, Schleich Gustav von Ueberberg O. A. Magold.

Eisenbahngaststätte. Zur Behebung der Zahlungsunfähigkeit gibt die Reichsbahndirektion Stuttgart Gaststätten über je 1 Million Mk. aus. Auf den Gaststätten ist auf der Vorderseite ein großes Flügelrad eingedruckt. Die Rückseite ist mit einer Abbildung des Verwaltungsbiengebäudes der Reichsbahndirektion versehen. Die Gaststätten werden an den Stationen zu allen Zahlungen (Fahrgehalt, Fracht usw.) angenommen und können bei diesen auch bei Ablauf der Geltungsdauer am 1. September ds. Js. eingelöst werden. Im Interesse der Allgemeinheit liegt es, daß die Gaststätten von jedermann an Zahlungsstatt angenommen werden.

Landexamen und Konkurs. Nach einem Erlaß der württ. Ministerialabteilung für die höheren Schulen können in den Uebergangsjahren 1924 bis 1929 zum Landexamen neben der 14- und 15jährigen Schülern auch 16jährige zugelassen werden, soweit sie sich nicht schon zweimal ohne Erfolg an der Aufnahmeprüfung beteiligt oder schon die 7. Klasse eines Gymnasiums besucht haben. Desgleichen werden vom Jahre 1924 an bis auf weiteres auch 20jährige Bewerber, die die vorgeschriebene Prüfung erstanden haben, bei der Aufnahme in das Seminar in Übungen in Betracht gezogen werden.

Die Hälfte der Schulkinder unterernährt. Wie das kirchliche Jahrbuch 1923 (herausgegeben von dem Kirchenrat Prof. Dr. Schneider) mitteilt, sind fast 40 Proz. aller Kruppen eingegangen. In Berlin hat ein Sechstel der Säuglingsheime die Porten schließen müssen. Besonders furchtbar ereignete sich die Tod unter den 1-5jährigen. Die Hälfte der Schulkinder — teilweise sogar 80 Proz. — ist unterernährt. Wenn auch die im vorigen Jahr, z. T. mit Mitteln ausländischer Geber wieder eingerichteten Schulpflegungen täglich 500 000 bis 600 000 Kindern Speisung boten, so wird dadurch noch nicht die Hälfte der „dringenden Speisbedürfnisse“ erfüllt. Dazu kommt, daß eine ausreichende Ausstattung der Kinder mit Kleidung und Wäsche in zahllosen Fällen nicht möglich ist. In 43 Großstädten Deutschlands sind 2 000 000 Kinder tuberkulös und fast 1 Million unterernährt. Diphtherie, Masern und Scharlach, englische Krankheit und Tuberkulose — werden unsere unterernährten Kinder den Kampf mit diesen Feinden ihres Lebens auf die Dauer überleben können?

Leures Schuhwerk. Die kürzlich veröffentlichten Preise für Schuhwaren nach Maß und Schuwaren sind längst wieder überholt. Nach der Mitteilung der Wirtschaftsgemeinschaft der Schuhmachermeister Stuttgarts werden heute gerendert für Soblen und Abfüße: Für Herren, gemäß, 3 588 000 Mk., gemäß 3 500 000 Mk., Heden allein 742 000 Mk.; Damen gemäß 2 590 000 Mk., gemäß 2 490 000 Mk., Heden allein 158 000 bis 519 000 Mk., für Knabenstiefel 36—39, gemäß 1 076 000 Mk., gemäß 2 279 000 Mk., Heden allein 580 000 Mk., für Kinderstiefel 31—35, gemäß 2 493 000 Mk., gemäß 1 458 000 Mk., Heden allein 478 500 Mk., für Kinderstiefel 27—30 gemäß 1 918 000 Mk., gemäß 1 805 000 Mk., Heden allein 445 000 Mk. Ein Paar neue Schnürstiefel für Herren mindestens 25 Millionen Mark, ein Paar Damen-Vor-Schnürstiefel mindestens 22 Millionen Mark.

Brennholzpreis. Die württ. Forstdirektion hat in Erwägung an die Steigerung der Kohlenpreise die Forstpreise für Brennholz vom 6. August ab auf 37 000 Proz. der Verkaufsgrundpreise erhöht. Es betragen demnach die jetzigen Forstpreise für 1 Raummeter buchene Scheiter 600—700 000 Mark, für buchene Brägel 500—600 000 Mark, für Nadelholze Scheiter 400—500 000 Mark, für Nadelholzbrägel 300—400 000 Mark.

Altenstreik. Öffentliche Protestversammlung. Auf Sonntag nachmittag hatten die Ver. Gewerkschaften zu einer Protestversammlung gegen das Kurzarbeitergesetz in die Turnhalle eingeladen. Der Vorsitzende, Montieur Pfister, begrüßte namens der Gewerkschaften die zahlreich besuchte Versammlung und hob hervor, daß es insbesondere die Mischknappheit sei, welche Anlaß zu der Protestversammlung gabe. Silberarbeiter W. Fuchs berichtete als Mitglied des Gemeinderats über die Mischknappheit als Altersstreik, betonte die ganz geringe Anlieferung von Milch, wie die Kurzgäste hier und in den Bezirken mit die Ursache seien, und wie in einem Ort des Bezirks ein Gasthofbesitzer der selber Milch habe, Milch von der Sammelstelle für seine vielen Kurzgäste hole. Das seien doch ganz unerhörte Zustände. Auch das Benehmen mancher Kurzgäste lasse neben ihrer Täuschung als Hamsterer viel zu wünschen übrig. Es nahmen noch eine Anzahl Redner das Wort, die teils auf die Verbutterung als Ursache der Mischknappheit, auf das Hamstern der Kurzgäste, aber auch auf den wilden Handel mit Butter und Eier nach Wildbad, Pfalz



